

Rede Christian Russau (GegenStrömung und Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre) auf der Jahreshauptversammlung der Hannover Rück am 10. Mai 2016 in Hannover

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

Sehr geehrte Damen und Herren,
mein Name ist Christian Russau, ich spreche hier für die Initiative GegenStrömung, die sich für menschenrechtskonformes Handeln von deutschen Unternehmen im Ausland einsetzt, und ich bin Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.

Gehen wir doch gleich in *medias res*. Laut Auskunft des kolumbianischen Staudammbetreibers Isagen ist die Hannover Rück Teil des Rückversicherungskonsortiums des kolumbianischen Großstaudamm Hidrosogamoso. Sagt Ihnen das was? Ich werde es Ihnen in Erinnerung rufen:

Jahrelang war es die größte Baustelle Kolumbiens. In der nordkolumbianischen Region Santander baute das Unternehmen Isagen ein Wasserkraftwerk am Fluss Sogamoso– mit Beteiligung deutscher Unternehmen, (Rück-)Versicherungen und einer Hermesbürgschaft. Isagen versprach der lokalen Bevölkerung Entwicklung und Wohlstand, die kolumbianische Regierung versprach sich eine energetische Erschließung der abgelegenen Region. Mitte 2014 wurde der Stausee geflutet, seit Dezember 2014 sind die ersten Turbinen in Betrieb. Bei kompletter Auslastung soll das Kraftwerk 5.056 Gigawatt-Stunden Strom im Jahr erzeugen.

Aber die Menschen am Fluss sind ernüchtert. Statt der versprochenen Verbesserung ihrer Lebensumstände haben sie ihre Lebensgrundlagen verloren und kämpfen um Entschädigung.

Santander, eine Region 285 Kilometer nördlich der Hauptstadt Bogotá. Dort fließt der Fluss Rio Sogamoso durch eine Region tropischer Bergwäldern mit einer hohen Artenvielfalt, bevor er den größten Fluss des Landes, den Rio Magdalena, speist. Die Menschen vor Ort leben am und vom Fluss, betreiben Land- und Viehwirtschaft, und sie sind auf das Wasser des Sogamoso angewiesen.

Mit dem Bau des Hidrosogamoso-Wasserkraftwerks aber veränderte sich das Leben der Menschen am Rio Sogamoso dramatisch.

Flussabwärts ist der Fluss teilweise nur noch ein Rinnsal, Ende 2014 begann die Flutung des Stausees, die eine Fläche von 70 Quadratkilometern überschwemmt, dort, wo zuvor Menschen lebten, Ackerfeldwirtschaft betrieben, ihr Vieh weidete. Entschädigungen für die Menschen? „Unzureichend und nicht für alle, die betroffen sind“, kritisiert Juan Pablo Soler vom Movimiento Ríos Vivos aus Kolumbien, der die Betroffenen seit Jahren

in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Entschädigung begleitet.

Die Staudambetreiberin Isagen sagt, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Konsultationen in 128 Gemeinden mit 2.100 Personen durchgeführt wurden. Das Umweltgutachten zum Hidrosogamoso-Projekt schätzt die Zahl der betroffenen Menschen aber hingegen auf 30.000.

Bislang wurden mehr als 180 Familien umgesiedelt und sehen sich heute oftmals mit schlechteren Lebensbedingungen konfrontiert als zuvor. Zugewiesenes Ersatzland ist teilweise deutlich kleiner als versprochen. 73 Familien erreichten im September 2015 erst nach 177 Tagen Dauerprotest vor dem Regierungsgebäude die Zusage, durch Agrarprogramme neue Einkommensmöglichkeiten zu erhalten. Viele Betroffene wurden gar nicht entschädigt, unter anderem Menschen, die von Tourismus und Gastronomie gelebt hatten, Straßenverkäufer/innen, Tagelöhner und Fischer. Dammbwärts sind die Fischbestände stark dezimiert und reichen den Familien kaum noch, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Hinzu kommt: Seit Baubeginn 2009 hat es immer wieder Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörungen gegeben. Zwischen 2009 und 2014 wurden sechs Aktivisten ermordet, die sich gegen das Hidrosogamoso-Projekt engagiert hatten. Weitere verschwanden spurlos, wurden unter Druck gesetzt oder bedroht.

Es ist also nicht nur bemerkenswert, sondern durchaus mehr als fragwürdig, warum die Hannover Rück sich bei Hidrosogamoso als Rückversicherin beteiligt hat. Es ist umso merkwürdiger, weil Sie bereits in Ihrem Jahresbericht 2002 in Bezug auf Großstaudämme wie den chinesischen Drei-Schluchten-Staudamm erklärt hatten: „Aber die Zukunft dieser enormen Bauwerke ist unsicher. Die Nebenfolgen wie Verlust von langwährenden wirtschaftlich genutzten und bewohnten Gebieten sowie die ökologischen Impakte sind zu zerstörerisch.“

Wie aber kann es bei solcher Erkenntnis sein, dass ein Staudamm wie Hidrosogamoso, auf den genau diese Kriterien zutreffen, von der Risikobewertungsabteilung der Hannover Re dennoch das Plazet zur Erteilung einer Rückversicherungserlaubnis erhält? Die Antwort darauf wäre vielleicht in den von der Hannover Re angewandten Kriterien zu finden. So findet sich im Bericht, den die Hannover Re im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der von den 1997 von Ceres in Partnerschaft mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründeten Global Reporting (GRI)-Initiative erstellt, die Aussage, dass ihre „Kontrollprozesse, durch die überprüft wird, ob Kunden ökologische und soziale Anforderungen in Verträgen und Transaktionen umsetzen und einhalten“ wie folgt ablaufen: „Wir motivieren unsere Kunden, sich auch

in ihrem eigenen Interesse verstärkt mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen und unterstützen sie bei der Entwicklung ihres Nachhaltigkeitsangebots. [...] Monitoring-Mechanismen bezüglich der Einhaltung ökologischer und sozialer Grundsätze bei unseren Zedenten haben wir nicht etabliert.“

Motivation ist schön, Kontrolle wäre wohl besser – wie der Fall Hidrosogamoso zeigt. Deutsche Versicherer und Rückversicherer haben offensichtlich noch ein erhebliches Potential, in Fragen von Nachhaltigkeit und Einhaltung von Menschenrechten sich endlich selbst robuste Kriterien zu geben. Wie sagte es der vormalige Vorstandsvorsitzende der Allianz, Michael Diekmann? „Aber es ist wie so oft im Leben: Wenn man mit sich selbst zufrieden ist, kommt die Überraschung, dass alle anderen das nicht genauso sehen. [...] Die erste spontane Reaktion auf unserer Seite war defensiv“, sagte Diekmann. „Uns wurde schnell klar, dass wir trotz allen ehrlichen Bemühens vielleicht etwas zu opportunistisch unterwegs waren.“ Tja, vielleicht träfe das auch auf die Hannover Rück zu? Da hätte ich gerne von Ihnen einige Erklärungen.

Nächstes Thema:

Auf Ihrer Webseite verraten Sie unter der Rubrik „Großschäden“, dass am 5. und 6.11.2016 in Brasilien ein „Sachschaden“ entstand, den Sie mit 11,5 Millionen Euro entschädigen mussten. Dabei ist es für jeden halbwegs zeitungslisenden Menschen natürlich sofort einsichtig, dass es dabei um den Dambruch der Bergwerksdeponie der Samarco, Vale, BHP Billiton bei Mariana im Bundesstaat Minas Gerais geht.

Wissen Sie was? Das macht mich extrem wütend, dass Sie so skrupellos von einem Sachschaden sprechen! Da sind 19 Menschen gestorben! Hunderte Familien der zwei Dörfer Bento Rodrigues und Paracatu de Baixo sind obdachlos geworden, tausende Fischer entlang der Flüsse Gualaxo do Norte, Carmos und Rio Doce bis hin zur Atlantikküste sind arbeitslos, weil alle Fische im Fluss tot sind und über eine Million Menschen entlang des Rio Doce ist von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten – und dies nunmehr seit mehr als sechs Monaten, und es sieht keineswegs danach aus, dass sich das ändern wird. Der Rio Doce ist wegen der Bergwerksklärschlamm auf 680 Kilometer Länge tot.

Ich bin im März den gesamten Rio , von der Mündung bei Regência bis in die Gegend von Mariana, Bento Rodrigues, gereist und habe mir die Zerstörung des Flusses durch den Dambruch der Samarco-Mine angeschaut, und mit den Flussanwohnern, den Fischern, den Indigenen gesprochen. Die Hannover Rück erwähnt den Dambruch bei Mariana als „Schaden“, den Sie zu tragen hätten. Und augenfällig ist schon, wie grob fahrlässig diese *Ihre* Unterversicherung des Damms Fundão des brasilianischen Minenbetreibers Samarco, der am 5.11.2015 brach, war. Mich würde interessieren, wie kann es sein, dass die Versicherungs- und Rückversicherungskonsortien sich auf eine Deckung gegen Dambruch von ein paar hundert Millionen eingelassen haben, wo doch für alle offensichtlich der „Schaden“ ungemein höher ausfällt. Insgesamt wird von Kosten von 5 Mrd. € (Staatsschätzung) bis zu 20 Mrd. € (Zivilgesellschaftsschätzung) ausgegangen, von denen nur ein Bruchteil durch die Versicherungen abgedeckt ist. Zur Erinnerung: die Renaturierung des Rheins von der industriellen Verschmutzung hat in

den vergangenen 50 Jahren 100 Milliarden Euro gekostet. Ich frage Sie: Wie oft haben Fachleute im Auftrag der Hannover Rück vor dem Dammbbruch bei Mariana den Damm Fundão vor Ort begutachtet? Welchen Anteil am versicherten Gesamtschaden in Prozent deckt Ihre Police? Deckt Ihre Police den Schaden Dritter oder den entfallenen Gewinn der Minenbetreiberin Samarco? Und allgemein: Erklären Sie mir bitte, wie es zu einer solch grob fahrlässigen Unterversicherung der Samarco kommen konnte? Hat da nie ein Techniker sich das Tal angeschaut, durch das bei einem Dammbbruch die Giftmasse ihre Weg walzen würde und nie bemerkt, dass da 62 Mio. Tonnen Giftschlamm sich unweigerlich ihren Weg bahnen würden auf 680 km Länge? Hinzu kommt: Bei der Staatsanwaltschaft liegen derzeit die Aussagen der Ingenieure, dass bereits vor Jahren auf die Gefahren des Dammbbruches hingewiesen wurde, den Hinweisen aber nicht nachgegangen wurde. Ich frage Sie: Wie kam es zu dieser grob fahrlässigen Unterversicherung im Falle von Samarco? Wie oft haben Ihre Fachleute die Dokumente zum Damm sowie den Damm selbst geprüft? Und vor allem interessiert mich, haben Sie aus dem Dammbbruch bei Mariana endlich irgendwelche Lehren gezogen? Wenn ja: welche konkret?

Uns wird ja immer gerne vorgeworfen, wir könnten nur kritisieren und nichts Konstruktives beitragen. Nun denn, dann will ich das hier mal versuchen: Die meisten Dämme (tailings) von Bergwerksdeponien werden gebaut nach dem Upstream-Verfahren, dann gibt es noch das Center-Verfahren und das Downstream-Verfahren. Dazu gab es im Wall Street Journal einen informativen Hintergrundbericht vor ein, zwei Monaten, wenn ich mich recht entsinne. Das letzte, das Downstream-Verfahren, ist das teuerste, aber es ist das sicherste aller Verfahren. Zur Erinnerung: die Statistik zu Dammbbrüchen sagt, dass Tailingbrüche, also Brüche von Dämmen von Bergwerksdeponien, statistisch um den Faktor 10 häufiger brechen als Wasserkraftstaudämme (weswegen interessanterweise die International Commission on Large Dams (ICOLD) in ihrem 58.000 Staudämme umfassenden Register laut dem WSJ keine Dämme von Bergwerksdeponien aufnehmen mag, weil die ja dann die Statistik der Dammbbrüche so verheerend aussehen lassen...). Es wäre doch mal ein erster Schritt, wenn die Hannover RE für die Zukunft festlegen würde, dass Upstream-Verfahren bei Tailings (also Bergwerksdeponien) in Zukunft als klares Ausschlusskriterium bewertet werden. Ein erster Schritt...

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.